EUROPA 22.04.2021 | Katy Hayward

Gewalt als Ritual

In Nordirland brennt es wieder: Viele Unionisten fühlen sich von London verraten, doch an der Eskalation ist nicht nur der Brexit schuld.

Gewalt auszuüben, ist schwierig, so der Soziologe Randall Collins. Sie adäquat einzusetzen, auch. Wir seien gegen Gewaltausübung programmiert, so Collins, und wenn Einzelne doch darauf zurückgriffen, so geschehe dies oft in unqualifizierter und unberechenbarer Weise. Hoffnungslosigkeit, Armut und Indoktrination lieferten für sich betrachtet keine befriedigende Erklärung für Gewalt.

Dies sollte man im Hinterkopf haben, wenn man den jüngsten Tumulten in Nordirland auf den Grund geht. Einerseits sind sie leicht zu erklären; das Gewaltschema in dieser kleinen Region hat sich seit einem Jahrhundert kaum verändert: Gewalt bricht bei organisierten Demonstrationen aus. Die Vorfälle konzentrieren sich dabei meist auf bestimmte Stadtteile, die oftmals unter anhaltenden und vielfältigen Entbehrungen leiden. Ein Großteil der Wut entlädt sich gegen die Polizei.

Doch wir sollten Collins' Argument nicht vergessen. Die Leute hatten die Molotowcocktails immerhin vorab schon parat. Doch was brachte die unbekannten Hintermänner dazu, sie zu bauen, und was veranlasste junge Menschen (die meisten von ihnen nach dem Karfreitagsabkommen, dem Belfast Agreement 1998, geboren), sie auf Polizisten zu werfen? Collins untersucht, warum Menschen ihre inneren Hemmungen überwinden und Gewalt anwenden. Eine der von ihm dargelegten Möglichkeiten ist die „ritualisierte Zurschaustellung“. Mit diesem Begriff lässt sich gut beschreiben, wie die jüngsten Gewaltausbrüche entstanden sind.

Das Element des „Rituals“ ist mehr als eine bloße Gewohnheit. Obwohl Aufstände naturgemäß ein Akt der Unordnung sind, unterliegen sie doch einer gewissen Vorhersagbarkeit. Sie haben mit dem Ort zu tun, dem Ziel, den Teilnehmern und deren Interaktionen. Welches Schema konkret vorliegt, beeinflusst die Taktik der nordirischen Polizei, vom Einsatz von Wasserwerfern bis hin zu einer Verständigung hinter den

Kulissen mit „Vertretern“ der betreffenden Bevölkerungsgruppe.

Ein Großteil der Wut entlädt sich gegen die Polizei.

Ein weiteres Merkmal ritualisierten Verhaltens ist das gemeinsame höhere Ziel, die Legitimation. In diesem Fall waren zwei Narrative beteiligt. Die eine Geschichte erzählt von Verrat, die andere von Herabsetzung oder Verlust. Beide Narrative kursieren schon seit einiger Zeit unter Loyalisten (den extremeren Vertretern des Unionismus, dem politischen Bestreben, Nordirland als Teil des Vereinigten Königreichs zu sehen) und spielten auch schon bei früheren Demonstrationen eine Rolle. Doch eines hat sich erst kürzlich verändert: Nach zwei Jahrzehnten Machtteilung seit dem Karfreitagsabkommen haben nun auch unionistische Führungspolitiker diese beiden Narrative übernommen.

Seit dem Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union am 23. Juni 2016 hat der Unionismus eine außergewöhnliche Reise hinter sich. Nun fürchten unionistische Politiker und ihre loyalistischen Anhänger, dass diese Reise sie nach einem kurzen Abstecher ins Herz der Regierung in London an den Abgrund der britischen Union führt.

Die Konservative Partei Theresa Mays war nach der Wahl 2017 auf die Unterstützung ihrer Regierung durch die sieben Abgeordneten der *Democratic Unionist Party* (DUP) angewiesen. Das war ein enormer Machtzuwachs für die Provinzpartei, zumal wenige Monate zuvor die Nordirland-Versammlung wegen eines Skandals, in den der DUP-Chef verwickelt war, suspendiert werden musste.

Die Partei war entschlossen, ihren Einfluss bestmöglich zu nutzen. Da die meisten Unionisten und Loyalisten den EU-Austritt befürworteten – in Nordirland befanden sie sich damit in einer Minderheitsposition –, kooperierte die DUP eng mit den Brexit-Hardlinern in der Konservativen Partei. Gemeinsam mit der ERG, einer euroskeptischen Gruppe innerhalb der Tory-Fraktion im Londoner Unterhaus, stimmte die DUP im ersten Viertel des Jahres 2020 dreimal gegen Mays Austrittsabkommen, weil es das sogenannte Backstop-Protokoll zu Nordirland enthielt.

Mit dem Ende der

Doch bereits nach einem Jahr wendete sich das Blatt. Boris Johnson folgte auf Theresa May

Übergangsfrist am 1. Januar 2021 begann sich allerdings die Post-Brexit-Realität zu konkretisieren.

und verhandelte ein neues Brexit-Abkommen, das ihm den von den Brexiteers geforderten harten Brexit ermöglichte, allerdings um den Preis eines „Frontstop"-Protokolls, nach dem Nordirland eine Sonderbeziehung zur EU haben sollte. Die DUP war empört über diesen „Verrat", doch ihre Proteste verhallten ungehört. Johnson fragte die Wählerschaft und siegte mit großer Mehrheit, sodass sich die Tür zu No. 10 Downing Street für die nordirischen Unionisten schloss.

Die britische Regierung spielte die Bedeutung des Protokolls herunter. Als sie drohte, mit dem neuen britischen Binnenmarktgesetz 2020 gegen die Protokoll-Bedingungen zu verstoßen, wollte sie den Unionisten damit auch signalisieren, dass den EU-Forderungen zum Verhältnis zwischen Großbritannien und Nordirland Grenzen gesetzt seien.

Mit dem Ende der Übergangsfrist am 1. Januar 2021 begann sich allerdings die Post-Brexit-Realität zu konkretisieren. Für Waren, die aus Nordirland über die Irische See kamen, mussten nach den Bedingungen des Protokolls neue Formulare für Dokumentation und Zertifizierung ausgefüllt werden, und es wurden Kontrollen angesetzt.

Dass diese neuen Kontrollen und Erfordernisse im britischen Binnenmarkt notwendig wurden, um die irische Landgrenze offen zu halten, war Salz in den Wunden der brexitfreundlichen Unionisten. Es war, vereinfacht ausgedrückt, eine „Niederlage" für die Union und ein „Sieg" für irische Nationalisten, die ein vereintes Irland anstreben. Die Ängste der Unionisten wurden zusätzlich geschürt vom wachsenden Selbstvertrauen schottischer und irischer Nationalisten, die sich jeweils das Ende der britischen Union wünschen.

Die Ablehnung des Protokolls durch die Unionisten steigerte sich zu Bestürzung und Wut, als die EU im Impfstoffstreit mit Großbritannien Schutzmaßnahmen aktivierte

Die Ablehnung des Protokolls durch die Unionisten steigerte sich zu Bestürzung und Wut, als die EU im Impfstoffstreit mit Großbritannien Schutzmaßnahmen aktivierte. Es fiel ihnen nicht weiter schwer, Nordirland in den Auseinandersetzungen zwischen der EU und Großbritannien als Faustpfand und das Protokoll als Druckmittel darzustellen. Die Wut von Unionisten und Loyalisten richtet sich gegen das Protokoll, weil es sowohl für Verrat als auch für Verlust steht. Sie wollen es „ausrangieren".

Dieses Narrativ wird in der Nordirland-Versammlung in Stormont wiederholt zum Besten gegeben. Es wird im Radio wiederholt, es wird in Fernsehen und Presse wiederholt und es wird auf Plakaten zur Schau gestellt, die maskierte Gestalten in loyalistischen Stadtteilen aufhängen. Es wird immer wieder in den sozialen Medien verbreitet, auch von anonymen Akteuren, die „Patrioten“ aufrufen, sich den Protesten gegen das Protokoll und der Verteidigung der nordirischen Provinz Ulster anzuschließen.

Die Gewalt zeichnete sich auch dadurch aus, dass sie von Individuen ausging, die als Teil einer Gruppe agierten. Junge Leute werden ohne Schule, ohne Sport, ohne Jugendclubs nun schon seit Monaten aller zivilen Gruppenaktivitäten beraubt. Nun wurden sie von einem Publikum angespornt, auch das ein wesentliches Merkmal einer „Zurschaustellung“. Bis zur vierten Nacht der Unruhen waren auch die internationalen Medien aufmerksam geworden, ebenso wie kleine Gruppen Einheimischer, die gar erhöhte Aussichtsposten aufsuchten, um eine gute Sicht auf mögliche Hotspots zu bekommen.

Die Bedingungen einer ritualisierten Zurschaustellung mögen dazu beigetragen haben, dass einige Einzelpersonen ihre Hemmungen gegen den Einsatz von Gewalt überwunden haben. Was aber geschieht jetzt mit dieser Wut? Die DUP möchte sie in der nächsten Wahl zur Nordirland-Versammlung in Stimmen ummünzen. Sie hofft, dass die Zustimmung der Versammlung zum Protokoll, die Ende 2024 ansteht, schon 2022 unionistische und loyalistische Wähler aller Altersgruppen mobilisieren wird (und die nationalistische Sinn Féin von ihrem Spitzenplatz in den Umfragen vertreibt).

Doch von Gewaltausbrüchen in einem loyalistischen Viertel bis zur Stimmabgabe in der Wahlkabine dürfte es ein weiter Weg sein. Um ihn zurückzulegen, müssen junge Leute auf eine demokratische Zukunft vertrauen können. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, zumal in einem Kontext tiefer Unsicherheit und großer Veränderung. Gewalt fällt nicht leicht, aber Frieden kann manchmal noch schwieriger sein.

Aus dem Englischen von Anne Emmert



Katy Hayward
Belfast

Katy Hayward ist Professorin für Politische Soziologie an der *Queen's University* in Belfast sowie *Senior Fellow* am britischen Think Tank *UK in a Changing Europe*.